

„Professoren herrschen wie kleine Könige“

Vortragsabend der Bürgergesellschaft fand viel Anklang – Jugend und Protest

BÖBLINGEN/SINDELFINGEN (Iz). Warum protestiert die Jugend? — Dieses Thema hatte die Bürgergesellschaft Böblingen/Sindelfingen über ihren Vortrags- und Diskussionsabend Donnerstag im kleinen Saal der Sindelfinger Stadthalle gestellt. Dr. Wolfgang Däubler vom Institut für Rechtsphilosophie und Sozialrecht an der Universität Tübingen war ein Referent, der nicht nur die Materie beherrschte, sondern seine Meinung auch in überaus sachlicher und nicht einseitig gefärbter Weise vorzutragen wußte. Alles in allem eine abgerundete Veranstaltung; das zeigte auch die spätere Diskussion in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal.

Nachdem Argumente durch Pflastersteine ersetzt worden seien, betonte Dr. Däubler, müsse einmal Bestandsaufnahme gemacht werden. Dabei ging er weit in die Geschichte zurück und wies auf Studentendemonstrationen schon nach den Befreiungskriegen, auch in der Weimarer Zeit und im vorrevolutionären Rußland hin. Später seien diese Unruhen in der Studentenschaft mit einem Seismographen verglichen worden, der irgendwelche Umwälzungen wie ein Erdbeben ankündige.

Der Redner befaßte sich dann in chronologischer Reihenfolge mit den Demonstrationen und Protestaktionen nach dem Zweiten Weltkrieg, die zunächst nichts Außergewöhnliches dargestellt hätten. Doch mit 1966 habe sich das geändert, und seit dem Tod des Berliner Studenten Benno Ohnesorge liefere die sogenannte „Jugendrevolte“ ausreichend Schlagzeilen nicht nur für die Boulevardblätter.

Mangel an Demokratie

Däubler zeichnete dann kurz ein Bild der verschiedenen studentischen Verbände und Organisationen, erläuterte ihr politisches Herkommen und ihre heutige Zielsetzung und untersuchte dann die Ursachen der Unruhen. Sie seien im wesentlichen in der überkommenen und veralteten Struktur unserer Hochschulen zu suchen. Die Universitäten stellten eine Professorenrepublik dar, in denen die Professoren alles, die anderen gar nichts zu sagen hätten. Dabei gebe es manches, was nach heutiger Auffassung auch von den Assistenten und Studenten mitentschieden werden

sollte. Aber mit der Demokratie im Hochschulbereich sei es nicht weit her. Die Professoren herrschten wie kleine Könige und die Abhängigkeit des Assistenten gehe so weit, daß von ihnen handgeschriebene wissenschaftliche Werke unter dem Namen von Professoren veröffentlicht würden. Assistenten, die medizinische Gutachten fertigten, würden ihr Gehalt vom Staate beziehen, aber die Professoren als die in der Öffentlichkeit auftretenden Gutachter würden dafür in ihre Privattasche enorme Gelder kassieren.

Der Vortragende wies auch auf manche Widersprüche zwischen Theorie und Praxis in den Lehrplänen hin und kam zu der Feststellung, daß bestimmte Meinungen an den Hochschulen einfach nicht zugelassen würden. Man ignoriere dieses oder jenes, anstatt sich mit ihm zu beschäftigen.

Machtteilung unter sich

Das aber sei nicht die einzige Ursache für die Unruhe unserer heutigen Jugend, der jungen Generation. Dafür sei auch das allgemeine Funktionieren unserer Demokratie verantwortlich. Nicht zu Unrecht entstehe der Eindruck, das parlamentarische Spiel sei pervertiert. Es sei auch keine Alternative mehr zwischen den Parteien festzustellen. Vielmehr sähe es so aus, als würden sie die Macht unter sich aufteilen, und wenn einer gehe, nehme er eine Viertel Million Mark Entschädigung mit.

Für die schlechte demokratische Übung nannte der Redner ein weiteres Beispiel: ein Parteikongreß, dessen Delegierte getragen werden vom Vertrauen der Mitgliederschaft, beschließt in dieser Richtung, die Fraktion derselben Partei aber handelt in genau entgegengesetzter Richtung. Auch müsse

vor Parteitag und ähnlichen Kongreß immer wieder festgestellt werden, daß d oder jene mißliebigen Anträge umgemacht und redaktionell so überarbeitet würden, sie ganz dem Sinne der Parteibosse entsprächen. Dadurch komme mancher Bürger, allem der jugendliche zu der Auffassung, es sinnlos sei, in einer politischen Partei zu wirken. Und so komme es schließlich zur außerparlamentarischen Opposition.

Drittelparität gewünscht

Dr. Däubler beschäftigte sich dann noch der deutschen Außenpolitik, die eine eigentliche und aussagekräftige Konzeption vermissen lasse, kam auf Amerika mit seinen Problemen bezüglich des Rassenhasses und Vietnams zu sprechen und nannte als eine der wichtigsten Forderungen der demonstrierenden Studenten eine Demokratisierung der Hochschulen. Wenn auch sonst erhebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Verbände herrschten, hier seien sie sich zum größten Teil einig. Voraussetzung dazu sei nach Ansicht die Drittelparität, d. h., daß wichtigen Gremien zu je einem Drittel Professoren, Assistenten und Studenten setzt sind. Weiter wollten die Studenten Demokratisierung der gesamten Gesellschaft und damit eine echte Kontrolle politischer gesellschaftlicher Macht.

Was ihnen allen fehle, sei eine verständliche Sprache, um ihre Anliegen zu denen der breiten Öffentlichkeit zu machen. Ihr Soziologe, Chinesisch führe dazu, daß allenthalben Verständnis anzutreffen sei und die entscheidende Barriere zwischen Studenten und Bevölkerung gefestigt werde. Fehle es aber der Auseinandersetzung, dann sei die Realisierung dieser oder jener Gruppe nicht mehr fern.

Eindeutig verurteilte der Redner die vielfachen Ausschreitungen bei Demonstrationen und stellte fest, daß Steinwürfe und Tomaten keine Argumente seien. Eine solche Handlungsweise werde auch vom Größten der demonstrierenden abgelehnt. Es müsse aber versucht werden, über die sachlichen Anliegen zu einer kritischen Auseinandersetzung kommen.



Gäste der Bürgergesellschaft waren unter anderen (links) einige APO-Anhänger und (rechts) Angehörige der Bundeswehr.

„Keine Schonzeit für Obrigkeiten“

„Warum protestiert die Jugend?“ / Referat und lebhafte Diskussion im stark erweiterten Rahmen der Bürgergesellschaft

Mit der Begründung, zum echten Bürgersinn gehöre auch der Dialog und die Verständigung mit Anders-Gesinnten, hatte die Bürgergesellschaft Böblingen-Sindelfingen am Donnerstagabend zur Diskussion und zu einem Referat „Warum protestiert die Jugend?“ in den Kleinen Saal der Stadthalle Sindelfingen eingeladen. Dr. Wolfgang Däubler vom Institut für Rechtsphilosophie und Sozialrecht an der Universität Tübingen hatte sich in seinen Ausführungen kurz gehalten, so daß nach einigen stellungnehmenden Worten von Diskussionsleiter Dr. Eugen Klunzinger, Leiter der Sparte Bildung, Vorträge und Diskussion der Bürgergesellschaft, eine disziplinierte Diskussion zwischen den wenigen „Linken“ und zwischen Soldaten der Bundeswehr und zwischen anderen Bürgern aus Böblingen und Sindelfingen möglich war.

Einleitende und begrüßende Worte sprachen Erich Sautter, der zweite Vorsitzende der Bürgergesellschaft, und Dr. Klunzinger. Dr. Däubler stellte gleich zu Beginn seiner Ausführungen eine These auf, die er allerdings dann nur noch andeutungsweise verfolgte. Danach könne man studentische Unruhen — und um diese ging es in erster Linie — als eine Art Seismograph verstehen, der größere gesellschaftliche Umwälzungen ankündige. Däubler zog hierzu geschichtliche Beispiele heran.

Die Entwicklung in den letzten Jahren

Bis 1966 sei die Lage noch relativ stabil gewesen. Nur kleine Gruppen hatten protestiert und dies häufig mit der Unterstützung von Professoren. Sie hatten demonstriert und ihre Stimme gegen Ereignisse erhoben, die wohl allgemein Aufsehen erregt hatten (Affäre Schlüter, Ungarn, Suez-Krise, Berliner Mauer). Mit dem Tod von Benno Ohnesorg aber — inzwischen hatte die Linke in Berlin bei den Wahlen des Studentenparlaments gewonnen — sprang der Funke auf die ganze Bundesrepublik über. Aus den danach folgenden „Höhepunkten“ studentischer Aktionen, die Osterunruhen nach dem Dutschke-Attentat und die Vorlesungsstreiks gegen die Notstandsgesetze, zog Däubler den Schluß: Für größere Aktionen sind konkrete Anlässe notwendig, die im Augenblick fehlen, die Lage ist labil.

In einem knappen Überblick versuchte Däubler die verschiedenen studentischen Organisationen mit ihren politischen Richtungen vorzustellen. Die Frage nach der Fernsteuerung der „linksten“ von ihnen verneinte er, man bedenke nur die starken Reaktionen an deutschen Universitäten auf die Geschehnisse in der Tschechoslowakei.

Solche Eigenwilligkeit würde vom Osten gar nicht geduldet.

Ursachen: Enttäuschung und Resignation

Die „überkommene Struktur“ an den Hochschulen wollte als Ursache der Unruhen zuerst genannt sein. Däubler sprach von der „Professorenrepublik“ und von einer „oligarchischen Verfassung“ an der Universität, in der die Minderheit der Professoren allein über Wohl und Wehe der Universität, ihrer Assistenten und Studenten entscheide. Besonders kreierte er die Weisungsbefugnis der Professoren an, die alle möglichen Machtausbreitungen gegenüber Assistenten erlaube (bis hin zum Teppichklopfen). Däubler erwähnte den Widerspruch zwischen dem „Uni-Wissen“ und dem Können, was in der Praxis verlangt werde. Er streifte auch ein gewisses „Totschweigen“ von Meinungen, die die eigenen wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Grundlagen erschüttern könnten.

Mangelhaftes Funktionieren der Demokratie

sei einer der anderen Gründe, ging Däubler weiter. Die Studenten vermiften eine echte Alternative zwischen den Parteien der BR. Weiter habe das Verhalten der FDP zu den Notstandsgesetzen dazu beigetragen, daß die FDP ihre Glaubwürdigkeit als Oppositionspartei verlor. Weiter werde das Fehlen einer demokratischen Innenstruktur bemängelt, was die Studenten davon abhielte, selber in einer Partei aktiv zu werden.

Zu dieser Resignation und Enttäuschung über die eigene Regierung geselle sich die Rolle der Nordamerikaner: „Imperialisten, die verschämt als Weltpolizisten bezeichnet werden“. Moralisches Versagen habe die USA in der „formellen“ Rassengleichheit und in Vietnam gezeigt, wo „sich ein kleines Volk gegen eine technische Übermacht wehrt“.

„Stünde dieses Volk (Südvietnam) hinter seiner Regierung, so wäre dieser Krieg schon längst beendet“.

Was wollen die Studenten?

Däubler erwähnte zu dieser Frage nur, die Punkte, in denen sich die so verschiedenen Gruppen einig seien: Demokratisierung der Hochschulen, gleich Drittelparität, und Demokratisierung der Gesellschaft, gleich Räte-demokratie. „Es wäre von den Studenten zuviel verlangt, die etwas vagen Vorstellungen näher zu konkretisieren“, meinte Däubler, indem er auf die oft so glänzend klingenden Parteiprogramme hinwies, deren Verwirklichung so leicht auch in den Sternen läge.

Nicht am Äußerlichen hängenbleiben

Abschließend an seine Aufzählung und Erläuterung der verschiedenen Aktionsformen, in denen sich Wollen und Meinung der unruhigen Jugend äußere, vertrat Däubler die Ansicht, man möge sich nicht zu sehr an diesen Formen aufhalten, als vielmehr die sachlichen Belange der Studenten prüfen. Damit verband er auch die Warnung vor pauschalen Vorurteilen, die übersehen, daß die APO (Außerparlamentarische Opposition) in sich beileibe nicht geschlossen sei und „Steinwerfer“ nur eine Minderheit bildeten.

Soziologenchinesisch und Radikalismus

Die Kritik Däublers an den Studenten richtete sich vornehmlich gegen ihr „unverständliches Soziologenchinesisch“, welches sie durch intensives Studium in Richtung von Mao, Marx, Marcuse oder Habermas angeeignet haben und damit oft selbst von Kommilitonen nicht mehr verstanden werden können. Dadurch entstände eine Barriere zur Bevölkerung, die der Auseinandersetzung mit den „anderen“ hinderlich sei. Wo aber Verständigung fehle, müsse es zwangsläufig zum Radikalismus kommen.

„Keine Schonzeit für Obrigkeiten“

Dr. Klunzinger eröffnete die Diskussion mit einigen Sätzen, in denen er einerseits von falsch verstandener Freiheit durch die Studenten sprach, andererseits hervorhob, diese Unruhen hätten zum Beginn einer Kritik und Diskussion beigetragen, welche durchaus gutzuheißen wäre. Es gäbe im Augenblick keine Schonzeit für Obrigkeiten, obwohl ein Staat selbstverständlich das Recht habe, sich gegen Elemente zu wehren, die ihn zerstören wollten.

In der anschließenden Diskussion waren dann Meinungen aller Färbungen zu hören, die sich von links bis rechts erstreckten, de-